

Arbeitsplatz zurückzukehren, es benachteiligt sogar diejenigen, denen es zu einseitig ist, sieben Tage die Woche in Vollzeit Hausfrau zu sein, und die stattdessen gerne wieder am Erwerbsleben teilnehmen würden. Zudem fördert das Gesetz – und diese Gefahr ist nicht zu unterschätzen – das sogenannte „cocooning“, das vollständige Sichzurückziehen der Mütter in die Geborgenheit der vertrauten häuslichen Sphäre. Der Rückzug in die Familie, der insbesondere in den ersten Wochen nach der Geburt, der Frühphase der Familienfindung, zweifelsohne sinnvoll ist, kann sich so unbemerkt in den Alltag einschleichen und für die Mütter schnell zur bequemen Angewohnheit werden. Die Rückkehr an den Arbeitsplatz erfolgt danach, soweit möglich, meist in Teilzeit. Bedenklich ist das vor allem, weil die wenigsten Mütter wie geplant tatsächlich „nur“ ein Jahr zuhause bleiben. Betreuungsplätze für unter 3-Jährige sind nach wie vor rar und nicht selten gehen weitere drei bis vier Monate ins Land, bis das Kind endlich einen KiTa-Platz bekommt und die Mutter an ihren Arbeitsplatz zurückkehren kann.

Ein Beispiel: In meinem unmittelbaren Freundes- und Bekanntenkreis sind sieben von acht Akademiker-Müttern – darunter zwei Ärztinnen, zwei Richterinnen und vier Rechtsanwältinnen – über das erste Lebensjahr ihres Kindes hinaus „in Vollzeit“ zuhause. Als ich davon berichtete, direkt nach der Geburt meines Kindes wieder arbeiten zu wollen, gab es vor allem eine Reaktion, nämlich Unverständnis und dazu immer wieder die Frage: „Warum tust Du Dir das an? Du kriegst das, was du verdienst, doch sowieso vom Elterngeld abgezogen.“ Damit hatten die Damen natürlich recht und trotzdem konnte ich mich von meiner Idee nicht abbringen lassen. Ich wollte aus verschiedenen Gründen unbedingt wieder arbeiten – auch mit weniger Elterngeld. Dass ich dafür nicht extra belohnt würde, war mir klar. Vielmehr das Gegenteil ist aber der Fall:

Nicht nur dass ich anstelle des Höchstsatzes, der mir aufgrund meines Verdienstes im Bemessungszeitraum eigentlich zustehen würde, tatsächlich nur zwei Drittel an Elterngeld bekomme. Ich bleibe obendrein auf den Kosten für die Kinderbetreuung sitzen, die aber notwendig ist, damit ich überhaupt zur Arbeit gehen kann. Von den organisatorischen Leistungen zur Koordinierung eines reibungslosen Ablaufs des Ganzen ganz zu schweigen. Doch was wirklich kontraproduktiv ist: Jeder weitere freiwillige Hinzuverdienst ist der zuständigen Elterngeldstelle anzugeben. Diese prüft dann im Einzelfall, ob dieser auf das Elterngeld weiter angerechnet wird, und erlässt gegebenenfalls einen neuen Bescheid. In meinem Fall führte das bisher (Einmal- und Sonderzahlungen ausgenommen) zur weiteren Kürzung des ohnehin schon sehr überschaubaren Elterngeldes. Das führt im Ergebnis dazu, dass ich mir jeden Vortrag und jeden Beitrag in einer Fachzeitschrift nun zweimal überlege, weil ich dafür nicht wie früher „nur“ Zeit und Muße brauche, sondern zusätzlich noch einen zuverlässigen Babysitter, dessen Kosten ich keineswegs mit den Einnahmen aus dem Aufsatz bestreiten kann, weil mir diese ja wiederum vom Elterngeld abgezogen werden. Als Konsequenz lehne ich die meisten Anfragen inzwischen ab. Dass ich von Herausgeber*innen und Veranstalter*innen in Zukunft erst gar nicht angefragt werde, ist zu erwarten. Und so führt das Gesetz zu einer schleichenden Verdrängung aus dem Berufsleben. Mütter, die weder das nötige Kleingeld für einen Babysitter noch ein familiäres Betreuungsnetz zur Verfügung haben, können es sich erst gar nicht leisten, zeitnah nach der Geburt wieder zu arbeiten. Die gerade für Frauen so wichtige Präsenz in der Berufswelt ist – wenn überhaupt – nur unter erheblichen Einbußen möglich! Der Gesetzgeber schafft stattdessen einen Anreiz für die „Flucht ins Privatleben“. So kann auch das Elterngeld zur Karrierefalle werden.

DOI: 10.5771/1866-377X-2019-2-77

Frauen bewegen europäische Politik – Veranstaltung zu den Europawahlen 2019

15. März 2019, Berlin

Sophia Härtel

Mitglied des djB-Arbeitsstabs Ausbildung und Beruf und Mitarbeiterin der djB-Geschäftsstelle

„Frauen, geht wählen und wählt Europäerinnen!“ – Treffender als *Margarete Hofmann* (Vizepräsidentin djB a.D./EWLA) hätte man eine gemeinsame Forderung auf dem Panel nicht formulieren, das motivierende Aufbruchgefühl nicht zusammenfassen können.

Zu der Veranstaltung „Frauen bewegen europäische Politik“ lud am 15. März 2019 Gender Five Plus (G5+), ein europäisch feministischer Think Tank mit Sitz in Brüssel, zusammen

mit dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland ein. Es sollte mit dem djB und der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD) als Kooperationspartner auf die kommenden Europawahlen und deren Bedeutung für Frauen aufmerksam gemacht werden.

Das erste Panel stand unter der Frage, was Europa den Frauen bringen würde. Der Impulsvortrag von *Gabriele Bischoff* (Präsidentin der Arbeitnehmergruppe, europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss) erinnerte zunächst an die Entstehung des Frauen-Wahlrechts und bekräftigte, warum die Europawahl eine so wichtig ist – insbesondere für Frauen. Europa sei schon immer ein Motor in der Gleichstellungspro-

litik gewesen. Umso erschreckender sei es zu sehen, dass diese in den letzten 10 Jahren zunehmend ins Stocken geraten ist. Im Nachfolgenden kommentierten *Joanna Maycok* (EWL Generalsekretärin), *Maria Noichl* (Mitglied EU-Parlament), Dr. *Gabriele Kämper* (Leiterin Gleichstellungsgeschäftsstelle Senatsverwaltung Berlin) und *Brigitte Triems* (Demokratischer Frauenbund e.V.). Es wurde deutlich, dass Europa für die Geschlechtergleichstellung, die soziale Sicherheit und den Schutz vor Diskriminierung für Frauen eine große Hilfe war. Die Referentinnen waren sich jedoch einig, dass noch viel zu tun

Frauen haben in der Vergangenheit viel von Europa profitiert. Jetzt braucht Europa unsere Unterstützung.

sei und aufpasst werden müsse, bereits Erreichtes nicht wieder zu verlieren. Insbesondere gehe die Gefahr von immer stärker werdenden populistischen Parteien aus. Aufgrund der Erfahrungen des Brexit wollen diese nicht mehr Europa verlassen, sondern viel mehr strukturell die europäische Union von innen verändern. Man könne einen europaweiten Trend von der Zurückdrängung der Frau in tradierte Rollen beobachten. Das Gesamtbild zeigt, dass bei allen sozialen, klima-politischen und finanziellen Entwicklungen Frauen von den negativen Folgen früher und härter als Männer getroffen werden. Dies gilt besonders für Frauen mit Migrations- und Fluchtgeschichte.

Der zweite Teil der Diskussionsrunde beleuchtete die Frage näher, was Frauen von Europa erwarten können. In diesem Zusammenhang stellte *Alazne Irigoien* ihr Strategiepapier in Zusammenarbeit mit G5+ vor, welches sich mit dem Weg in eine paritätische Demokratie in Europa auseinandersetzt. Sie forderte von Europa eine ausgewogene Repräsentation und Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen, als eine wesentliche Grundlage der Demokratie. *Franziska Brantner* (MdB Bündnis 90/ Die Grünen) kritisierte die Panelfrage dahingehend, dass sie den Diskursraum der Rechten übernehmen würde. Wir sollten uns lieber fragen, wo die EU überall zu finden sei und was wir in Europa gemeinsam erreichen wollen. Dr. *Christine Rabe* (Landesfrauenrat) und Dr. *Adriana Lettrari* (EBD, Vizepräsidentin des Netzwerks Preis Frau Europas) betonten im Folgenden, dass Europa stets Vorreiterin und Vorbild war. Zum Beispiel wurde durch europäische Vorgaben erstmals das „Gender Mainstreaming“ strukturell implementiert, welches zu einer Professionalisierung der Gleichstellungspolitik führte. Hierbei werden bei allen gesellschaftspolitischen Entscheidungen die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Männern und Frauen berücksichtigt. Bei der kommenden Europawahl müssen die Weichen gestellt werden, dass Europa diese wegweisende Position nicht verliert. Auch *Margarete Hofmann* kritisierte die Konsumhaltung, dass Frauen nicht nur etwas erwarten, sondern aktiv Teil von Europa sein können und müssen. Ihrer Meinung nach gab es zwar in den letzten Jahren einige Stolpersteine, jedoch seien auch viele Fortschritte zu verzeichnen. Positiv erwähnte sie hier die Ratifizierung der Istanbul-Konvention und die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bedeutung der kommenden Europawahl für Frauen und ihre Rechte nicht zu unterschätzen ist. In Zeiten, in denen antieuropäische und antifeministische Parteien in die Parlamente einziehen, muss oberstes Ziel sein, dass das europäische Projekt, welches auf Frieden und gemeinsamen Werten basiert, unterstützt wird.

Bei der nächsten Europawahl geht es nicht nur um die Stärkung eines gemeinsamen Binnenmarktes. Die nächste Europawahl ist eine Richtungswahl. Der Wahlzettel am 26. Mai 2019 gleicht, wie *Maria Noichl* sagt, einem Auftragszettel. Wir entscheiden, wer in den nächsten 5 Jahren für uns entscheiden darf. Es gilt nun motivierter denn je alle Freund*innen, Schwestern, Mütter, Cousinen und Tanten aufzufordern am 26. Mai 2019 Europäer*innern zu wählen – denn genauso bewegen Frauen europäische Politik.



▲ v.l.n.r. Dr. Michaela Schreyer, Rita Jostes, Margarete Hofmann, Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, Dr. Barbara Helfferich, Sabine Overkämping, Dr. Adriana Lettrari (Foto: djb/SH)